Längst überfällig: Die neue Approbationsordnung

Man kann ja nicht oft behaupten, dass vollmundige Ankündigungen seitens der Politik auch tatsächlich wahr werden. Aber als Lutz Stroppe, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium (BMG), auf dem Frühjahrsfest der Bundeszahnärztekammer ankündigte, dass noch in diesem Jahr eine Reform der zahnmedizinischen Approbationsordnung vorgelegt werden solle, war an den Worten offensichtlich was dran. Nun wurde es nicht September, wie gesagt, aber immerhin Anfang November, bis der Referentenentwurf vorlag. Das wurde aber auch Zeit. Die noch gültige Approbationsordnung ist inzwischen mehr als 60 Jahre alt und mit Blick auf die zahnmedizinischen Entwicklungen nicht mehr zeitgemäß. Es besteht ein großes Missverhältnis zwischen dem Wissenszuwachs der vergangenen sechs Jahrzehnte und den Strukturen der Lehre sowie den deutlich gestiegenen Anforderungen der Praxis. Bereits der Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2009 bis 2013 sah vor, die Approbationsordnung zu novellieren. Doch die aktuelle Regierung hat vorrangig den „Masterplan 2020“ im Blick und will eine Reform des Medizinstudiums realisieren. Das BMG gab im Frühjahr zwar bekannt, dass „am Ziel einer Gesamtreform des Studiums der Zahnheilkunde eineingeschränkt festgehalten wird“. Aber das Statement blieb recht unkonkret.

Die Zahnmedizinstudenten in Deutschland und die Standespolitiker hielten das für eine inakzeptable Verzögerungstaktik

und kündigten an, einen weiteren Stillstand nicht hinnehmen zu wollen. Man war sich einig, der Blockade des BMG notfalls auch mit Streiks zu begegnen. Die bundesweiten Fachschaften zeigten relativ geschlossen Flagge und wollten mitmachen.

Aber das ist ja nun nicht mehr nötig. Der „Referentenentwurf einer Verordnung zur Neuregelung der zahnärztlichen Ausbildung“ liegt vor. Die wesentlichen Ziele sind: eine Neustrukturierung der zahnärztlichen Ausbildung, die Angleichung der Studiengänge Medizin und Zahnmedizin in der Vorklinik, eine Neugewichtung der Ausbildungsinhalte, eine fächerübergreifende Ausbildung sowie die Verbesserung der Betreuungsrelation. Außerdem sollen in der Zahnmedizin künftig Modellstudiengänge an Hochschulen ermöglicht werden, an denen es medizinische Modellstudiengänge gibt. Dieses Ansinnen sieht die Zahnärzteschaft kritisch. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte und die Bundeszahnärztekammer wittern in Modellstudiengängen die Gefahr, dass das Staatsexamen aufgeweicht und der Wechsel zwischen unterschiedlichen Universitätsstandorten erschwert oder unmöglich werden. Das Studium der Zahnheilkunde müsse bundesweit vergleichbar bleiben, fordern die Institutionen.

mf

Fragen zum gesundheitspolitischen Rückblick an die Fraktionen im Bundestag

Was war wichtig in 2016?

Eines steht fest: Die Zahnärzteschaft findet in einem gesundheitspolitischen Rückblick der deutschen Gesundheitspolitiker nicht besonders viel Raum. Ein gutes Zeichen? Dort, wo es rund läuft, gibt es gewöhnlich wenig Regelungsbedarf. Die **DFZ**-Redaktion hat den Gesundheitspolitikern der Fraktionen im Bundestag drei Fragen gestellt – und alle haben geantwortet. Mal mehr, mal weniger bereits im Wahlkampfmodus. Das waren die Fragen der Redaktion:

2016 war ein bewegtes gesundheitspolitisches Jahr. Was waren für Sie die wichtigsten Punkte und Entscheidungen?

Die Zahnärzteschaft sieht einige Entscheidungen in der Gesetzgebung sehr kritisch und erkennt

Tendenzen in Richtung Staatsmedizin. Wie schätzen Sie die aktuellen Bestrebungen ein?

Welche Veränderungen sollte es 2017 aus Ihrer Sicht zur weiteren Verbesserung des Gesundheitssystems geben?